

Statement Jahres-Presskonferenz 26. August 2021, Berlin

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt

Es gilt das gesprochene Wort

Ich begrüße Sie herzlich zu unserer Jahres-Presskonferenz.
Heute stehe ich hier zum ersten Mal als Präsidentin von Brot für die Welt.

Die Zeit, in der ich in dieses Entwicklungswerk gekommen bin, ist für uns und unsere Partnerorganisationen weltweit besonders herausfordernd, und wenn ich die Bilder in Afghanistan sehe, wird mir Angst und Bange. In Afghanistan müssen in diesem Moment viele, viele Menschen um ihr Leben bangen, vor allem jene Männer und Frauen, die sich für Bildung, Frauenrechte und Meinungsfreiheit eingesetzt haben.

Deutschland und der Westen dürfen sich jetzt nicht zurückziehen und die Menschen ihrem Schicksal überlassen. Den neuen Machthabern muss deutlich gemacht werden, dass Menschenrechte eingehalten und zivilgesellschaftliche Freiheit gewährt wird. Wir als Brot für die Welt tun alles und nutzen unsere Kontakte in Politik und Bündnissen, um die Lage der Menschen in Afghanistan zu verbessern. Besonders eng tauschen wir uns aus mit unserer Schwesterorganisation, der Diakonie Katastrophenhilfe, die sich der humanitären Not annimmt. Denn Afghanistan litt schon lange vor den aktuellen politischen Ereignissen unter vielen Krisen, die sich gegenseitig überlagern: Dürre, Hunger, Corona und wirtschaftliche Not.

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist besonders dramatisch, und ganz ähnliche Zustände herrschen in den Ländern der Welt, in denen wir arbeiten. Denn auch hier hat die Not viele Ursachen und wird verstärkt durch Corona – geradezu wie ein Brandbeschleuniger – und Corona wird gerade die ärmeren Länder noch lange beschäftigen.

Diese Pandemie hat einmal mehr offenbart, wie sehr sich der Globale Norden vom Rest der Welt entkoppelt hat. Im reichen Norden federn soziale Sicherungssysteme wirtschaftliche Härten weitestgehend ab. Und während wir bereits die dritte Impfung planen, sind die Länder des Globalen Südens bei den Impfquoten noch immer weit abgehängt. So sind in Afrika bisher nicht einmal zwei (1,7) Prozent der Bevölkerung geimpft.

Mehr noch als die Pandemie selbst haben im vergangenen Jahr die strikten Lockdowns die Menschen in den Projektländern von Brot für die Welt getroffen: Viele verloren ihr Einkommen. Was als Schutzmaßnahme richtig und notwendig war, bedeutete für Menschen ohne soziale Absicherung, ohne Kurzarbeitergeld Armut und Hunger.

Statement Dagmar Pruin, Präsidentin Brot für die Welt, Bilanz-Presskonferenz 26.8.2021

Das Ziel, bis 2030 den Hunger weltweit zu besiegen, ist in weite Ferne gerückt. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO hat die Zahl der Menschen, die hungern, im vergangenen Jahr weiter zugenommen, laut Expertinnen und Experten um 120 Millionen auf 811 Millionen Menschen. Hinzu kommt, dass ein Drittel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu angemessener Ernährung hat oder nicht sicher sein kann, ob es am nächsten Tage etwas zu essen geben wird.

Und einmal mehr sind Länder auf dem afrikanischen Kontinent von dieser Notlage besonders betroffen. Dabei MÜSSTE niemand hungern! Es werden Jahr für Jahr genügend Kalorien produziert, um die gesamte Weltbevölkerung ernähren zu können! Das ist eine Frage der Gerechtigkeit – und genau so verhält es sich mit dem Klimawandel: **Die Klimakrise ist eine globale Gerechtigkeitskrise.**

Durch die Erderwärmung geht fruchtbares Land verloren. Das bringt wiederum Armut und Hunger, verursacht Konflikte um Land und Wasser und zwingt ganze Gemeinschaften, ihre Heimat zu verlassen. Die Klimakrise trifft wieder in besonderem Maße die Menschen im Globalen Süden – jene also, die diese Krise nicht verschuldet haben, aber schon heute besonders stark unter den Folgen leiden.

Zunehmender Hunger, die fortschreitende Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheit und die Bewältigung der Covid-19-Pandemie - wir stehen vor epochalen Herausforderungen. Und die Zeit drängt.

In vier Wochen wird der neue Bundestag gewählt. **Wir erwarten von einer neuen Bundesregierung, dass sie mutig die Weichen stellt für einen sozial-ökologischen Umbau - lokal wie global.** Eine lebenswerte Zukunft für alle erreichen wir nur, wenn wir weltweit und auf allen Ebenen noch entschlossener darum ringen, die nachhaltigen Entwicklungsziele, die Agenda 2030, umzusetzen. Der Bundestag und die nächste Bundesregierung können hier Weichen stellen.

Wir erwarten folgendes:

- Die neue Bundesregierung sollte entschieden den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen – in Deutschland und weltweit. Dazu gehört, sich für weltweite Klimagerechtigkeit einzusetzen, soziale Ungleichheit abzubauen, aber auch die eigene Wirtschafts- und Lebensweise zu erneuern. **Alle politischen Ressorts müssen ihren Beitrag dazu leisten.**
- Die neue Bundesregierung sollte sich mit aller Vehemenz dafür einsetzen, Hunger und Mangelernährung wirksam zu bekämpfen. Das heißt, die menschliche Ernährung muss Vorrang haben vor Biokraftstoff und anderen Nutzungen von Biomasse. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen unterstützt werden, sie brauchen Zugang zu Wasser und Land, Weiden, Saatgut und Fischgründen. Und bei uns, in der EU, muss die Agrarpolitik konsequent auf die Förderung einer ökologischen Produktionsweise umgestellt werden und wir dürfen die Ernährungssicherung in anderen Ländern nicht weiter beeinträchtigen.

- Die neue Bundesregierung sollte die Klimakrise ernst nehmen und die deutschen CO₂-Minderungsziele für 2030 verschärfen –auf mindestens 70 Prozent. Nur so kann Deutschland 2040 klimaneutral sein und Kohle, Gas und Öl den Rücken kehren. Obwohl die armen Länder im Globalen Süden selbst zum Klimawandel kaum beigetragen haben, leiden sie zunehmend unter Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen. Die armen Länder müssen finanziell unterstützt werden - beim Ausbau Erneuerbarer Energien, bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, aber auch bei erlittenen Verlusten.
- Und noch einmal Corona: Die neue Bundesregierung sollte nationale, öffentliche Gesundheitssysteme in den Ländern des Globalen Südens stärken und dazu beitragen, dass alle Menschen Zugang zu einer angemessenen, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Gesundheitsversorgung erhalten. Auch hier hat die Pandemie die Schwächen offengelegt und ich nenne Ihnen dafür ein Beispiel: Wir gehen davon aus, dass 2025 bis zu 1,4 Mio. zusätzliche Todesfälle durch Tuberkulose als direkte Konsequenz der Covid-19 Pandemie zu verzeichnen sein werden, weil u.a. Behandlungsprogramme durch Lockdowns reduziert werden mussten und Medikamente nicht mehr verfügbar sind.
- Soziale Sicherungssysteme sind der beste Weg zu verhindern, dass notwendige Schutzmaßnahmen wie Lockdowns bei einer Pandemie Armut und Hunger verstärken. Deshalb sollte die Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Partnerländer beim Aufbau umfassender sozialer Sicherungssysteme unterstützen.

Unsere Bilanz 2020

Die Spendenbereitschaft war außerordentlich hoch. So haben wir im vergangenen Jahr mit 76,8 Millionen Euro Spenden und Kollekten das beste Ergebnis seit Gründung 1959 erzielt. Das sind 12,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Wir sind sehr dankbar für dieses **außergewöhnlich gute Ergebnis**, das vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen ist. Zum einen haben uns Spenderinnen und Spender in der Corona-Pandemie mehr gespendet, auch weil Präsenz-Gottesdienste und damit Kollekten ausfallen mussten. Spenderinnen und Spender wollten den Menschen in den Ländern des Globalen Südens, die besonders stark unter den Folgen der Pandemie gelitten haben und leiden, helfen.

Zum anderen sind in dieses Ergebnis die hohen Einnahmen der Weihnachtskollekte aus unserem Jubiläumsjahr 2019 eingeflossen. Es dauert immer eine gewisse Zeit, bis die Landeskirchen alle Kollekten weitergeleitet haben. Und so froh wir über das gute Kollekten-Ergebnis aus dem Jahr 2019 sind – wir dürfen nicht vergessen, dass das vergangene Jahr für die kirchliche Sammlung besonders schwierig war: Die Kollekten des Corona-Jahres 2020, in dem sehr viele Präsenz-Gottesdienste ausgefallen sind,

werden sich erst im Ergebnis des laufenden Jahres niederschlagen. Hier müssen wir leider mit Einbußen rechnen.

Insgesamt standen Brot für die Welt 2020 für die Entwicklungsarbeit 322,8 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Plus von 10,1 Millionen Euro.

Was haben wir 2020 gefördert – ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen:

Gemeinsam mit dem Deutschen Institut für ärztliche Mission DIFÄM haben wir einen **Projektfonds gegen Covid-19** eingerichtet, um die Gesundheitsversorgung in ausgewählten Ländern Afrikas zu stärken. Prävention, Sensibilisierung, Fortbildung und Infrastrukturmaßnahmen stehen im Zentrum, zudem wurde medizinische Ausstattung wie Sauerstoffkonzentratoren beschafft. Die beteiligten Projekte haben rund 670 Gesundheitseinrichtungen unterstützt und mehr als 5.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult. So wurden 415 Gemeinden mit mehr als 4,1 Millionen Menschen erreicht. Dafür haben wir insgesamt vier Millionen Euro bewilligt.

Oder Simbabwe: Das Land gehört zu den weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffenen, mit immer längeren Hitzeperioden und verschobenen Regenzeiten. Welches Saatgut funktioniert unter den veränderten Klimabedingungen? Wie lässt sich der geringe Niederschlag effektiv nutzen? Wie die Schäden von Stürmen minimieren? Unsere **Partnerorganisation** TSURO wurde im Osten des Landes von Bauern und Bäuerinnen gegründet, die nach ihrer Schulung das erworbene Wissen im eigenen Dorf weiterverbreiten. Ein Schneeball-System, von dem Zehntausende profitieren.

Neben Spenden und Kollekten (76,8 Mio. Euro) sind kirchliche Mittel (59,7 Mio. Euro und Bundesmittel (168,6 Mio. Euro) die beiden weiteren Säulen von Brot für die Welt. Bei den Bundesmitteln handelt es sich in erster Linie um Gelder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie gingen um 5,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr zurück.

Die Gesamtaufwendungen von Brot für die Welt sind im Jahr 2020 um 11,3 Mio. Euro auf 296,4 Millionen Euro gesunken. Grund war die Pandemie: Während des Lockdowns konnten wir nicht alle Vorhaben wie geplant verwirklichen.

Die Ausgaben für unsere satzungsgemäßen Aufgaben Projektförderung, Projektbegleitung, Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit umfassten 268,4 Mio. Euro, das sind 90,6 Prozent der Mittel. Die Ausgaben für Verwaltung lagen bei 6,8 Prozent, für Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit wurden 2,6 Prozent der Mittel aufgewandt. Damit liegen wir nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) im niedrigen Bereich – und das ist richtig gut! - und wurden mit dem DZI-Spendensiegel ausgezeichnet.

Im Jahr 2020 haben wir insgesamt rund 1.800 Projekte weltweit gefördert, darunter sind 669 Projekte in 79 Ländern, die neu bewilligt wurden. Schwerpunkte waren: Ernährung und ländliche Entwicklung. Menschenrechte, Gesundheit und der nachhaltige Umgang mit Ressourcen, Klimagerechtigkeit.

Wir sind überzeugt: Der Schlüssel für Veränderung liegt in einer starken Zivilgesellschaft. Dabei ermutigt uns und mich persönlich, wie viele Menschen die Hoffnung teilen, dass Veränderung zu einer gerechteren Welt gelingen kann – und wie viele sich aktiv trotz massiver Repressionen aktiv einbringen.

Herzlichen Dank!